

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 38 | 22.09.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Andreas Hauer

Staats- und Verwaltungshandeln

ISBN 978-3-902883-34-6, 5. Auflage, XXI und 235 Seiten, Harteinband, 32 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

ISBN 978-3-902883-33-9, 3. Auflage, XX und 296 Seiten, Harteinband, 39 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 135/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Bilanzbuchhaltungsgesetz 2014** geändert wird (Umsetzung der 4. Geldwäsche-RL für den Bereich der Bilanzbuchhaltungsberufe)

BGBI I 136/2017

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Einrichtung eines Registers der wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften, anderen juristischen Personen und Trusts (**Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz – WiEReG**) erlassen wird und das **Finanzmarkt-Geldwäschegesetz**, das **Finanzstrafgesetz**, die **Notariatsordnung**, die **Rechtsanwaltsordnung**, das **Devisengesetz**, das **Bankwesengesetz**, die **Bundesabgabenordnung**, das **Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz** und das **Energieabgabenvergütungsgesetz** geändert werden (Führung des Registers der wirtschaftlichen Eigentümer durch das BMF als Registerbehörde; Abgleich von Stammdaten bei der Meldung von wirtschaftlichen Eigentümern; Speicherung von Dokumenten über ausländische wirtschaftliche Eigentümer; Befreiungen von der Meldepflicht; Meldung an Register durch berufsmäßige Parteienvertreter; Setzung von Vermerken durch Verpflichtete und Behörden; Androhung und Verhängung von Zwangsstrafen)

[BGBl I 137/2017](#)

Bundesgesetz über die Wirtschaftstreuhänderberufe (**Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 – WTBG 2017**) (Verkürzung der erforderlichen Zeit für den Erwerb einer Wirtschaftsprüfer- oder Steuerberatungsbefugnis; Neugestaltung des Prüfungsverfahrens)

[BGBl I 138/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens geändert wird, das Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, das Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz, das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz und das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert werden, ein Bundesgesetz über die Einrichtung von Bildungsdirektionen in den Ländern erlassen wird, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz, das Schulzeitgesetz 1985, das Minderheiten-Schulgesetz für das Burgenland, das Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten, das Bundesgesetz BGBl Nr 420/1990, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Hochschulgesetz 2005, das Schulpflichtgesetz 1985, das Berufsreifepfungsgesetz, das Pflichtschulabschluss-Prüfungsgesetz, das Schülerbeihilfengesetz 1983, das Privatschulgesetz, das Religionsunterrichtsgesetz, das Bildungsdokumentationsgesetz, das Schülervertretungsgesetz, das BIFIE-Gesetz 2008 sowie das Bildungsinvestitionsgesetz geändert werden, das Bundes-Schulaufsichtsgesetz aufgehoben wird und das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz und das Unterrichtspraktikumsgesetz geändert werden (**Bildungsreformgesetz 2017**) (Neuordnung der Behörden; Bildungsdirektionen als gemeinsame Bund-Land-Behörde statt Landesschulrat bzw Stadtschulrat für Wien; Ausbau der Schulautonomie sowie die Weiterentwicklung der Objektivierung im Rahmen der Besetzung von leitenden Funktionen im Schuldienst; Schaffung der Möglichkeit des Clusters von Schulen)

[BGBl II 252/2017 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über die Grundausbildung der Bediensteten des Ressorts (**BMASK-Grundausbildungsverordnung 2017**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 237 v 15.09.2017, 1](#)

Beschluss (EU) 2017/1545 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 zur Änderung des Beschlusses Nr 445/2014/EU zur Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die „**Kulturhauptstädte Europas**“ im Zeitraum 2020 bis 2033

[ABI L 239 v 19.09.2017, 36](#)

Empfehlung (EU) 2017/1584 der Kommission vom 13. September 2017 für eine koordinierte Reaktion auf große **Cybersicherheitsvorfälle** und -krisen

[ABI L 242 v 20.09.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/1563 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über den grenzüberschreitenden **Austausch von Vervielfältigungsstücken** bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte **Schutzrechte geschützter Werke** und sonstiger Schutzgegenstände in einem barrierefreien Format zwischen der Union und Drittländern zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen

[ABI L 242 v 20.09.2017, 6](#)

Richtlinie (EU) 2017/1564 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über bestimmte zulässige Formen der Nutzung bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte **Schutzrechte geschützter Werke** und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen und zur Änderung der

Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der **Informationsgesellschaft**

[ABI L 242 v 19.09.2017, 14](#)

Beschluss (EU) 2017/1565 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2017 über eine **Makrofinanzhilfe** für die Republik Moldau

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

18.08.2017, [Ro 2015/04/0007](#)

GewO; Feststellung der **individuellen Befähigung** gem § 19 GewO für das Teilgewerbe „Fahrradtechnik“; die Behörde hat in all jenen Fällen, in denen die GewO einen Befähigungsnachweis verlangt, bei Nichtvorliegen des (formellen) Befähigungsnachweises gem § 18 leg cit zu untersuchen, ob dem Gewerbetreibenden die individuelle Befähigung nach § 19 leg cit zukommt; die Feststellung der individuellen Befähigung kann auch **losgelöst von einem Anmeldeverfahren beantragt** werden; auch wenn dem Wortlaut des § 19 leg cit ein derartiges Antragsrecht nicht explizit zu entnehmen ist, lässt sich ein solches aus § 365a Abs 2 Z 10 leg cit ableiten

18.08.2017, [Ro 2017/04/0006](#)

GewO; die **Nachbarn** einer gewerblichen Betriebsanlage sind hinsichtlich des **Ausschlusses der Inanspruchnahme des Rechts des Anlagenbetreibers nach § 78 Abs 1 GewO** nicht antragslegitimiert; § 78 Abs 1 leg cit wurde durch den Gesetzgeber „als Überbrückungshilfe für den Genehmigungswerber bei längerer Verfahrensdauer“ geschaffen; § 78 Abs 1 leg cit sieht keinen Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung und somit ein eigenes Provisorialverfahren vor; vielmehr hat die zur Entscheidung berufene Behörde die Inanspruchnahme des Rechts des Genehmigungsinhabers von Amts wegen auszuschließen; sieht das Gesetz solcherart eine Entscheidung von Amts wegen vor, kann ein Antrag der Nachbarn nicht anders als eine **bloße Anregung** verstanden werden

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 07.07.2017, [W170 2134489-1](#)

Sachverständigen- und DolmetscherG; bereits eine zumindest in den Grundzügen nachvollziehbare Meldung eines Richters berechtigt und verpflichtet die Behörde zur Überprüfung einer etwaigen Entziehung der Sachverständigenstellung gem § 10 Sachverständigen- und DolmetscherG; wenn der Sachverständige an der anschließenden **Prüfung über die wichtigsten Vorschriften des Verfahrensrechts**, über die Befundaufnahme und den Aufbau eines schlüssigen Gutachtens in wesentlichen Teilen nicht mitwirkt, so muss er den Vorwurf der mangelnden Kenntnisse gegen sich gelten lassen; kein Entlassungsgrund ist das Vorbringen, dass es sich um eine rein rechtliche Prüfung handle, da offenkundig **keine Mängel im medizinischen Bereich** angestastet wurden

LVwG Oö 19.09.2017, [LVwG-750455](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsgG; da der Bf durch Bescheid der JKU Linz zum **Masterstudium** „Elektronik und Informationstechnik“ nur unter der Voraussetzung zugelassen wurde, zuvor eine **Ergänzungsprüfung über den Nachweis der ausreichenden Kenntnis der deutschen Sprache** absolviert zu haben, ist der Bf vor einer positiven Ablegung dieser Ergänzungsprüfung nicht zu einem ordentlichen oder außerordentlichen Studium berechtigt; die im Lichte des § 64 Abs 1 Z 2 Nie-

derlassungs- und AufenthaltsG erfolgte Abweisung der Erteilung eines Aufenthaltstitels „Studierender“ durch die belangte Behörde erweist sich daher als rechtmäßig, zumal der Bf im Rahmen der ihn treffenden Mitwirkungspflicht auch keinen Nachweis über einen alle Risiken abdeckenden Krankenversicherungsschutz vorgelegt hat

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.09.2017, Rs C-552/15, Kommission / Irland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Kraftfahrzeuge – Anmietung oder Leasing eines Kraftfahrzeugs durch eine in einem Mitgliedstaat wohnhafte Person von einem Anbieter, der in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist – **Zulassungssteuer** – Entrichtung der Steuer in voller Höhe im Zeitpunkt der Zulassung – Voraussetzungen der **Steuererstattung** – Verhältnismäßigkeit

[20.09.2017, verb Rs C-673/15 P bis C-676/15 P, The Tea Board / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 8 Abs 1 Buchst b – Wort- und Bildmarken mit dem Wortbestandteil ‚Darjeeling‘ oder ‚Darjeeling collection de lingerie‘ – Widerspruch des Inhabers von **Unionskollektivmarken** – Kollektivmarken, die aus der geografischen Angabe ‚Darjeeling‘ bestehen – Art 66 Abs 2 – Wesentliche Funktion – Kollision mit angemeldeten Individualmarken – **Verwechslungsgefahr** – Begriff – Ähnlichkeit der Waren oder Dienstleistungen – Beurteilungskriterien – Art 8 Abs 5

[20.09.2017, Rs C-183/16 P, Tilly-Sabco / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Landwirtschaft** – Geflügelfleisch – Gefrorene Hähnchen – **Ausfuhrerstattungen** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 689/2013 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Geflügelfleisch – Rechtmäßigkeit – Verordnung (EG) Nr 1234/2007 – Art 162 und 164 – Gegenstand und Natur der Erstattungen – Kriterien für die Festsetzung des Betrags der Erstattungen – Zuständigkeit des Generaldirektors der Generaldirektion (GD) Landwirtschaft und ländliche Entwicklung für die Unterzeichnung der streitigen Verordnung – **Ermessensmissbrauch** – ‚**Komitologie**‘ – Verordnung (EU) Nr 182/2011 – Art 3 Abs 3 – Konsultation des Verwaltungsausschusses für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte – Übergabe des Entwurfs einer Durchführungsverordnung im Laufe der Sitzung dieses Ausschusses – Einhaltung der Fristen – **Verletzung wesentlicher Formvorschriften** – Nichtigerklärung unter Aufrechterhaltung der Wirkungen

[20.09.2017, Rs C-186/16, Andriuciu ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Art 3 Abs 1 und Art 4 Abs 2 – Beurteilung der **Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln** – In einer Fremdwährung geschlossener Kreditvertrag – **Wechselkursrisiko** vollständig vom Verbraucher zu tragen – Erhebliches und ungerechtfertigtes Missverhältnis der vertraglichen Rechte und Pflichten der Vertragspartner – Zeitpunkt, auf den für die Beurteilung des Missverhältnisses abzustellen ist – Bedeutung des Begriffs ‚**Klauseln, die klar und verständlich abgefasst sind**‘ – Umfang der von der Bank zur Verfügung zu stellenden Informationen

[20.09.2017, verb Rs C-215/16, C-216/16, C-220/16 und C-221/16, Elecdey Carcelen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Elektrischer Strom aus Windenergie – Richtlinie 2009/28/EG – Förderung der Nutzung von **Energie aus erneuerbaren Quellen** – Art 2 Abs 2 Buchst k – Förderregelung – Art 13 Abs 1 Unterabs 2 Buchst e – Verwaltungsgebühren – Richtlinie 2008/118/EG – **Allgemeines Verbrauchsteuersystem** – Art 1 Abs 2 – Andere indirekte Steuern, mit denen besondere Zwecke verfolgt werden – Richtlinie 2003/96/EG – Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – Art 4 – Mindestbesteuerung von Energie – Abgabe auf Windkraftanlagen zur Stromerzeugung

[20.09.2017, Rs C-300/16 P, Kommission / Frucona Košice](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Begriff ‚Beihilfe‘ – Begriff ‚wirtschaftlicher Vorteil‘ – Kriterium des privaten Gläubigers – Voraussetzungen für die Anwendbarkeit – Anwendung – **Ermittlungspflichten** der Europäischen Kommission

[21.09.2017, Rs C-85/15 P, Feralpi / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Italienische Hersteller von **Bewehrungsrundstahl** – Festsetzung der Preise sowie Beschränkung und **Kontrolle der Produktion und des Absatzes** – Verstoß gegen Art 65 KS – Nichtigerklärung der ursprünglichen Entscheidung durch das Gericht der Europäischen Union – Aufgrund der Verordnung (EG) Nr 1/2003 neu erlassene Entscheidung – Keine Versendung einer neuen Mitteilung der Beschwerdepunkte – Keine Anhörung nach der Nichtigerklärung der ursprünglichen Entscheidung – Verzögerungen im Verfahren vor dem Gericht

[21.09.2017, verb Rs C-86/15 P und C-87/15 P, Ferriera Valsabbia und Valsabbia Investimenti / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Italienische Hersteller von **Bewehrungsrundstahl** – Festsetzung der Preise sowie Beschränkung und **Kontrolle der Produktion und des Absatzes** – Verstoß gegen Art 65 KS – **Nichtigerklärung** der ursprünglichen Entscheidung durch das Gericht der Europäischen Union – Aufgrund der Verordnung (EG) Nr 1/2003 neu erlassene Entscheidung – Keine Versendung einer neuen Mitteilung der Beschwerdepunkte – Keine Anhörung nach der Nichtigerklärung der ursprünglichen Entscheidung – Verzögerungen im Verfahren vor dem Gericht

[21.09.2017, Rs C-88/15 P, Ferriere Nord / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Italienische Hersteller von **Bewehrungsrundstahl** – Festsetzung der Preise sowie Beschränkung und **Kontrolle der Produktion und des Absatzes** – Verstoß gegen Art 65 KS – **Nichtigerklärung** der ursprünglichen Entscheidung durch das Gericht der Europäischen Union – Aufgrund der Verordnung (EG) Nr 1/2003 neu erlassene Entscheidung – Keine Versendung einer neuen Mitteilung der Beschwerdepunkte – Keine Anhörung nach der Nichtigerklärung der ursprünglichen Entscheidung

[21.09.2017, Rs C-89/15 P, Riva Fire / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Italienische Hersteller von **Bewehrungsrundstahl** – Festsetzung der Preise sowie Beschränkung und **Kontrolle der Produktion und des Absatzes** – Verstoß gegen Art 65 KS – **Nichtigerklärung** der ursprünglichen Entscheidung durch das Gericht der Europäischen Union – Aufgrund der Verordnung (EG) Nr 1/2003 neu erlassene Entscheidung – Keine Versendung einer neuen Mitteilung der Beschwerdepunkte – Keine Anhörung nach der Nichtigerklärung der ursprünglichen Entscheidung – Verzögerungen im Verfahren vor dem Gericht

[21.09.2017, Rs C-326/15, DNB Banka](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst f – Steuerbefreiungen für bestimmte, dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten – **Steuerbefreiung** für Dienstleistungen selbständiger Zusammenschlüsse von Personen an ihre Mitglieder – Anwendbarkeit im Finanzdienstleistungsbereich

[21.09.2017, verb Rs C-361/15 P und C-405/15 P, Easy Sanitary Solutions / Group Nivelles](#)

Rechtsmittel – **Geistiges Eigentum** – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Art 5 – Neuheit – Art 6 – Eigenart – Art 7 – Offenbarung – Art 63 – Befugnisse des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) im Rahmen der Beweisführung – Dem Antragsteller im Nichtigkeitsverfahren obliegende **Beweislast** – Anforderungen an die Wiedergabe des älteren Geschmacksmusters – Geschmacksmuster, das eine Duschablauffrinne darstellt – Zurückweisung des Antrags auf Nichtigerklärung durch die Beschwerdekammer

[21.09.2017, Rs C-605/15, Aviva](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerwesen** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst f – **Steuerbefreiungen** für bestimmte, dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten – Befreiung von **Dienstleistungen**, die selbständige Zusammenschlüsse von Personen an ihre Mitglieder erbringen – Anwendbarkeit auf das Versicherungswesen“

[21.09.2017, Rs C-616/15, Kommission / Deutschland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Steuerwesen** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst f – **Steuerbefreiung** für **Dienstleistungen**, die selbständige Zusammenschlüsse von Personen an ihre Mitglieder erbringen – Beschränkung auf selbständige Zusammenschlüsse, deren Mitglieder eine begrenzte Anzahl von Berufen ausüben

[21.09.2017, Rs C-125/16, Malta Dental Technologists Association und Reynaud](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2005/36/EG – **Anerkennung von Berufsqualifikationen** – Zahntechniker – Bedingungen für die Ausübung der Berufstätigkeit im Aufnahmemitgliedstaat – Erfordernis der verbindlichen Zwischenschaltung eines Zahnarztes – Anwendung dieses Erfordernisses auf klinische Zahntechniker, die ihren Beruf im Herkunftsmitgliedstaat ausüben – Art 49 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Beschränkung – Rechtfertigung – Im Allgemeininteresse liegendes Ziel, den **Schutz der öffentlichen Gesundheit** zu gewährleisten – **Verhältnismäßigkeit**

[21.09.2017, Rs C-149/16, Socha ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – **Massenentlassungen** – Richtlinie 98/59/EG – Art 1 Abs 1 – Begriff ‚Entlassungen‘ – Gleichstellung von ‚Beendigungen des Arbeitsvertrags ... , die auf Veranlassung des Arbeitgebers ... erfolgen‘ mit Entlassungen – Einseitige Änderung der **Arbeits- und Entgeltbedingungen** durch den Arbeitgeber

[21.09.2017, Rs C-171/16, Beshkov](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** – Rahmenbeschluss 2008/675/JI – Geltungsbereich – Berücksichtigung einer in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen früheren Verurteilung in einem neuen **Strafverfahren** für die Zwecke der Verhängung einer Gesamtstrafe – Nationales Verfahren zur vorherigen Anerkennung dieser Verurteilung – Abänderung der Einzelheiten der **Vollstreckung** der in diesem anderen Mitgliedstaat verhängten Strafe

[21.09.2017, Rs C-429/16, Ciupa ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – **Massenentlassungen** – Richtlinie 98/59/EG – Art 1 Abs 1 und Art 2 – Begriff ‚Entlassungen‘ – Gleichstellung von ‚Beendigungen des Arbeitsvertrags ... , die auf Veranlassung des Arbeitgebers ... erfolgen‘ mit Entlassungen – Einseitige Änderung der **Arbeits- und Entgeltbedingungen** durch den Arbeitgeber – Feststellung der ‚Absicht‘ des Arbeitgebers, Entlassungen vorzunehmen

[21.09.2017, Rs C-441/16, SMS group](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Achte Richtlinie 79/1072/EWG – Richtlinie 2006/112/EG – In einem anderen Mitgliedstaat ansässiger Steuerpflichtiger – **Erstattung der Mehrwertsteuer** auf eingeführte Gegenstände – Voraussetzungen – Objektive Anhaltspunkte, die die Absicht des Steuerpflichtigen belegen, die eingeführten Gegenstände im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeiten zu verwenden – Ernsthafte Gefahr, dass der die Einfuhr rechtfertigende **Umsatz** nicht bewirkt wird

B. SCHLUSSANTRÄGE

[19.09.2017, Rs C-284/16, Achmea \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Grundsätze des Unionsrechts** – Bilaterales Investitionsschutzabkommen, das 1991 zwischen dem Königreich der Niederlande und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik geschlossen wurde und zwischen dem Königreich der Niederlande und der Slowakischen Republik weitergilt – Vereinbarkeit des durch ein unionsinternes **bilaterales Investitionsschutzabkommen** eingeführten Mechanismus zur Beilegung von **Investor-Staat-Streitigkeiten** mit Art 18 Abs 1 AEUV und den Art 267 und 344 AEUV

[21.09.2017, Rs C-297/16, CMVRO \(GA Wahl\)](#)

Art 49 AEUV – Richtlinie 2001/82/EG – **Tierarzneimittel** – Richtlinie 2005/36/EG – Ausbildung von Tierärzten – Richtlinie 2006/123/EG – **Dienstleistungen im Binnenmarkt** – Innerstaatliche Vorschriften, die das Recht zum Einzelvertrieb, zur Verwendung und zur Verabreichung von Tierarzneimitteln sowie von parasitenabwehrenden und biologischen Produkten auf

Tierärzte beschränken – Anforderung, dass das Kapital einer tiermedizinischen Einrichtung ganz oder hauptsächlich von Tierärzten gehalten werden muss – **Schutz der Gesundheit** und des Lebens von Menschen und Tieren

C. GERICHT

Keine (relevanten) Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

19.09.2017, Beschwerde Nr [66641/10](#), *Ranđelović ua / Montenegro*

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); **strafrechtliche Untersuchung** hinsichtlich des Todes oder des Verschwindens der Familienangehörigen der Bf nach einem Bootsunfall vor der montenegrinischen Küste; Unterlassung einer tatsächlich effektiven Durchführung dieser Untersuchung; **Verletzung der staatlichen Schutzpflichten**

19.09.2017, Beschwerde Nr [35289/11](#), *Regner / Tschechien (GK)*

Keine Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); **Zurückziehung** der dem Bf ausgestellten **Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung** aufgrund vertraulicher Informationen stellt keine Verletzung im Recht auf ein faires Verfahren dar; Nichtoffenlegung entscheidender Beweise; Vorliegen eines fairen Verfahrens aufgrund der **Einhaltung verfahrensrechtlicher Garantien insgesamt**

21.09.2017, Beschwerde Nr [51405/12](#), *Axel Springer SE ua / Deutschland*

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); Verbot der Veröffentlichung von identifizierbaren Bildern des Angeklagten in einem Mordprozess begründet **keine Konventionsverletzung**; Veröffentlichungsverbot im Hinblick auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte des Angeklagten verhältnismäßig

21.09.2017, Beschwerde Nr [53661/15](#), *Sévère / Österreich*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Familienlebens); Entführung der Söhne des Bf durch die Mutter von Frankreich nach Österreich; **zu langes Vollstreckungsverfahren** der Rückführungsentscheidung durch die österreichischen Behörden **konventionswidrig**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren)

ren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.